

Beschluss

Klimageld jetzt: Für mehr soziale Gerechtigkeit

(Vorläufige Fassung)

Klimapolitische Maßnahmen können nur gemeinsam mit gerechter Sozialpolitik umgesetzt werden. Allerdings lassen haushaltspolitische Kürzungen und die Sparpolitik keine sinnvollen sozialen Vorhaben zu. Medienberichte und Erklärungen einzelner Ampel-Politiker*innen wirken als ob eine Einführung des Klimageldes nicht vor Ende der Legislatur umgesetzt wird. Insbesondere sei die Finanzierung und die Umsetzung der Zahlung nicht geklärt.

Wir fordern zur Stärkung der Klimagerechtigkeit - wie im Koalitionsvertrag vereinbart - das Klimageld noch in dieser Legislaturperiode, spätestens aber bis 2025 einzuführen.

Die menschengemachte Klimakrise ist längst Bestandteil unseres Alltags. Angesichts immer häufiger auftretender Extremwetterereignissen sehen sich die Menschen in Deutschland, Europa und weltweit mit zunehmenden Belastungen konfrontiert. Die Wissenschaft ist sich einig, dass derartige extreme Wetterereignisse immer häufiger und intensiver auftreten werden, je mehr sich das globale Klima erwärmt. Die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Folgen, sowie Folgen für jeden einzelnen Menschen sind vielfältig und enorm.

Besonders betroffen sind vor allem einkommensschwache Menschen. Dabei tragen sie mit einem vergleichsweise kleinen CO₂-Fußabdruck weniger zum Klimawandel bei als einkommensstarke Haushalte. Maßnahmen für mehr Klimaschutz müssen diese Ungerechtigkeit berücksichtigen, um einen sozial gerechten Klimaschutz zu gewährleisten.

Klimaungerechtigkeit - auch in Deutschland

Die Klimakrise ist eine Krise der sozialen Gerechtigkeit. Gerade für ökonomisch schwache Menschen haben Katastrophen, die durch die Klimakrise verursacht werden, häufig verheerende Auswirkungen. Sie können sich aufgrund ihrer geringeren finanziellen Möglichkeiten seltener schützen, anpassen und von Katastrophen erholen, obwohl sie am wenigsten zur Klimakrise beitragen. So hat das reichste Prozent der Menschen zwischen 1990 und 2015 mehr als doppelt so viel klimaschädliches CO₂ ausgestoßen als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen.^[1]

Auch auf nationaler Ebene sind insbesondere ökonomisch schwache von den Folgen der Klimakrise betroffen. Sie können sich beispielsweise aufgrund ihrer Wohn- und Arbeitssituation häufig schlechter vor Hitzewellen schützen. Zudem gibt es in sozial benachteiligten Stadtteilen meist weniger Grünflächen, die zu einem gewissen Grad für natürliche Kühlung sorgen könnten. Anders ausgedrückt: Es lebt sich bei einer Hitzewelle in einem Eigenheim „im Grünen“ weitaus besser als in einer kleinen Mietwohnung in der Nähe einer vielbefahrenen Straße.

Generell sind Menschen mit finanziellen Mitteln im Vorteil. In den Wintermonaten mit extremen Schneefällen und Kältewellen sind die steigenden Heizkosten vor allem für benachteiligte Personen ein großes Problem. Auch bei Überflutungen können Menschen mit finanziellen Rücklagen und teuren Versicherungen in der Regel wieder besser auf die Beine kommen.

Gleichzeitig bergen steigende Preise für Energie und Nahrungsmittel in Folge der Klimakrise bzw. des Kampfes gegen die Klimakrise die Gefahr einer

gesellschaftlichen Spaltung. Während die Bezieher*innen höherer Einkommen zumindest vorübergehend mit steigenden Preisen leben können, geraten Beschäftigte im Niedriglohnbereich und Transferleistungsempfänger*innen rasch an die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit.

Die aktuellen politischen Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise wirken dieser Ungerechtigkeit bisher nicht ausreichend entgegen. Stattdessen werden sozial Benachteiligte, aber auch Auszubildende, Studierende und junge Arbeitnehmer*innen in Relation zu ihrem Einkommen besonders stark belastet, um die Kosten der Klimaanpassung und des Klimaschutzes zu tragen.

Eine Forderung: Jetzt ein Klimageld für alle in Deutschland

Reiche Menschen tragen eine besondere Verantwortung für die Verursachung der Klimakrise und der damit einhergehenden Frage nach Klimagerechtigkeit. Deswegen müssen sie die entstehenden Kosten besonders mittragen. Dies umfasst die Eindämmung der Klimakrise, die entsprechenden Anpassungen und den Ausgleich bereits entstandener Schäden.

Daher fordern wir die Bundesregierung auf, dementsprechend Maßnahmen zu ergreifen, die nicht nur die Emission von Treibhausgasen massiv mindern, sondern gleichzeitig auch die Anpassung an sich verändernde klimatische Rahmenbedingungen ermöglichen. Dabei sollte es leitendes Prinzip sein, vorrangig die an den Kosten zu beteiligen, die am meisten zur Klimakrise beitragen und jene zu entlasten, die stärker unter den Folgen leiden.

Um den Herausforderungen der Klimakrise effektiv zu begegnen und gleichzeitig soziale Gerechtigkeit zu wahren, fordern wir die Einführung eines sozial gerechten Klimagelds. Das Klimageld muss bis zum Ende der aktuellen Legislaturperiode eingeführt werden, spätestens jedoch bis Ende 2025 (1).

Die Verteilung des Klimagelds sollte sozial gerecht gestaffelt erfolgen, um die unterschiedlichen Belastungen durch die Klimakrise zu berücksichtigen. Die Berechnung sollte auf einer Mischkalkulation basieren, die verschiedene Faktoren, wie z.B. wirtschaftliches Einkommen, Wohnort oder auch Zugang zum ÖP(N)V berücksichtigt. Da Kinder und Jugendliche besonders von der Klimakrise betroffen sind, sollten auch sie einen Anspruch auf Klimageld haben und dementsprechend berücksichtigt werden.

Die Auszahlung des Klimagelds sollte direkt an die Menschen erfolgen, um eine schnelle und unkomplizierte Verteilung zu gewährleisten. Gleichzeitig müssen die bürokratischen Hürden für Menschen und Ämter so gering wie möglich gehalten werden.

Um die Auszahlung und Bereitstellung der Finanzmittel aber abschließend zu gewährleisten, muss der Klima- und Transformationsfond (KTF) reformiert und umverteilt werden (4). Derzeit werden noch klimaschädliche Subventionen, wie die Pendlerpauschale aus dem KTF bezahlt. Diese klimaschädlichen Subventionen sollten abgeschafft und die Mittel stattdessen für das Klimageld verwendet werden.

Das Klimageld alleine kann nicht alle finanziellen Schwierigkeiten auffangen, ist jedoch ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung sozial-benachteiligter Haushalte. Darüber hinaus müssen Förderprogramme auch die unteren Einkommensschichten erreichen. Sie müssen vor allem in der Mobilitäts- und Wärmewende mit bedacht werden und das Wichtigste: Wir brauchen starken Klimaschutz, damit die Folgen der Klimakrise abgemildert werden können. Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz gehen Hand in Hand.

[1] Vgl. Oxfam Deutschland (2020): Das reichste 1 Prozent schädigt das Klima doppelt so stark wie die ärmere Hälfte der Welt, <https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/klimawandel-ungleichheit-reichste-1-prozent-schaedigt-klima-doppelt-so-stark>, 01.03.2023